

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(43. - öffentliche - Sitzung am 4. Dezember 2024)

Tagesordnung:

1. **Ersatzfreiheitsstrafe gerechter gestalten, Kosten reduzieren, Resozialisierung fördern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2462](#)

Der - federführende - Ausschuss schließt die Antragsberatung ab. Vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfiehlt er dem Landtag, den Antrag in der Fassung der Vorlage 4 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

2. **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag ElbX und zum Staatsvertrag ElbB**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5853](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Erhebung von Gebühren bei Anwendung von unmittelbarem Zwang)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3369](#)

Der - federführende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5322](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 6 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

5. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu

dazu: **Eingabe 00680/01/19**

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der Ausschuss schließt die Mitberatung ab. Er schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 6 einschließlich der dort wiedergegebenen Maßgaben zu § 1 und Anlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

Der Ausschuss behandelt die Eingabe und empfiehlt, diese mit der Einbeziehung in die Beratung des Einzelplans 11 für erledigt zu erklären und den Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

6. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5319](#)

Der Ausschuss schließt die Mitberatung ab. Er schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 12 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/5397](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

8. **Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch wirksame Reformen erhöhen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4255](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

9. **Für eine bessere Versorgung mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - niedersächsische Interessen im NDR wahren!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4256](#)

dazu: **Eingabe 01009/01/19**

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

10. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:
Konkrete Normenkontrolle**

nach Art. 54 Nr. 4 Niedersächsische Verfassung (NV) und § 8 Nr. 9 Gesetz über den Staatsgerichtshof (NStGHG)

zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob § 1 des Gesetzes über finanzielle Leistungen des Landes wegen der Einführung der inklusiven Schule (InklSchulFinG) mit Art. 57 Abs. 4 NV vereinbar ist

- StGH 2/24 -

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -